

Demofibel - Praktische Tipps für den Kampf gegen Nazis

Die Demofibel im Überblick

1. Einleitung.....	1
2. Verhinderung einer rechten Demonstration.....	2
3. Gegendemonstration und Blockade.....	3
4. Nicht vergessen bei Aktionen gegen Rechts.....	5
5. Nazis im Internet.....	5
6. Die Wortergreifungsstrategie der NPD.....	6
7. Der Extremismusbegriff.....	8
8. Fakten zum Verbot einer Demonstration.....	9
9. Häufige Demo-Termine der rechten Szene.....	12
10. Bündnispartner gegen Rechts.....	13
11. Weitere nützliche Anlaufstellen.....	14

1. Einleitung

Dieser Ratgeber soll euch Hilfe, Anregungen und Unterstützung im aktiven Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sein. Hier bekommt ihr konkrete Tipps, was ihr den Strategien der Neonazis entgegensetzen, wie ihr rechte Veranstaltungen und Demonstrationen entgegenwirken und an welche Stellen ihr euch für Unterstützung wenden könnt.

Rechtsextreme melden vermehrt Demonstrationen an oder halten Mahnwachen ab. Immer wieder stellen sich GRÜNE dagegen und wirken aktiv mit, zivilen Widerstand gegen Rechtsextreme zu organisieren und eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Nur der offensive Umgang mit diesem Thema und eine aktive Begleitung in den Kommunen können die Ausbreitung von rechtsextremistischem Gedankengut verhindern und den Rechtsextremen das politische Leben schwer machen. Eine funktionierende Zivilgesellschaft und die Zivilcourage jeder und jedes Einzelnen sind bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus gefragt. Helft mit! Mischt euch ein!

Auch wenn die NPD derzeit in einem eher desolaten Zustand ist, ihr "Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße und Kampf um die Parlamente" geht, vor allem nach der Fusion mit der DVU weiter. Sie will Präsenz zeigen und vor Ort aktiv sein. Wie die schrecklichen Neonazi-Morde und das Versagen von Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden bei deren Aufklärung zeigen, ist rechtes Gedankengut und rechtsextreme Gewalt immer noch eine große Bedrohung für unsere Demokratie. Deshalb ist eine erneute Debatte über ein NPD-Verbot dringend notwendig.

Neben der rechtsextremen NPD und vielen verschiedenen Kameradschaften drängen derzeit auch immer mehr islamophobe Gruppen und Pro-Parteien in die Öffentlichkeit und hetzen ungeniert gegen Migrantinnen und Migranten oder Menschen anderer Glaubenszugehörigkeit.

Zwar muss im Kampf gegen den Rechtsextremismus nach wie vor das Hauptaugenmerk auf der NPD liegen, aber natürlich muss auch gegen menschenfeindliches Verhalten anderer Gruppen vorgegangen werden. Die Vorschläge auf den folgenden Seiten können auch bei solchen Gruppen angewandt werden.

Was tun, wenn's brennt?

Die NPD, die Republikaner, eine ProPartei oder eine freie Kameradschaft hat eine Demonstration bei euch angemeldet und ihr wollt dagegen etwas unternehmen. Welche Handlungsmöglichkeiten stehen euch offen?

Ihr könnt...

... versuchen, den öffentlichen Raum mit einer Veranstaltung zu besetzen, bevor die Rechten ihre Demonstration angemeldet haben, oder die Stadt bzw. die zuständige Gemeinde darin zu bestärken, die Demonstration zu verbieten.

> siehe Verhinderung einer rechten Demonstration.

... eine Gegendemonstration anmelden und hier als GRÜNE oder zusammen mit anderen Bündnispartnern eure Ablehnung gegen die rechte Demonstration zum Ausdruck bringen. Außerdem könnt ihr die Demonstration der Rechtsextremisten "kritisch begleiten", sie ironisieren oder als letztes Mittel auch schlicht ignorieren.

> siehe Gegendemonstration und Blockaden.

2. Verhinderung einer rechten Demonstration

Der erste Gedanke, wenn man von einer geplanten rechten Demonstration erfährt, ist meist, dass es am Besten wäre, wenn die Rechtsextremen erst gar nicht aufmarschieren. Dafür gibt es zwei Möglichkeiten: Ihr könnt versuchen, die Demonstration entweder ganz zu verbieten oder den öffentlichen Raum besetzen, wo die Demonstration stattfinden soll.

Besetzen des öffentlichen Raums

Ihr könnt eine eigene Demonstration oder ein Fest anmelden und dadurch den öffentlichen Raum bei euch besetzen. Die Anmeldung muss geschehen, bevor die NPD oder die rechten Kameradschaften eine Demonstration angemeldet haben.

Dieses Vorgehen eignet sich dann, wenn es erste Hinweise für eine Demonstration aus dem rechten Umfeld gibt oder wenn es sich um Tage handelt, an denen die Rechtsextremen häufiger eine Demonstration anmelden

> siehe Häufige Demotermine der Rechten Szene.

Durch diese Taktik können Demonstrationen auch an geschichtsträchtigen Orten verhindert werden. Häufig weichen die Rechtsextremen auf andere Städte oder Kommunen in der Nähe aus. Hier müsst ihr euch absprechen, wie ihr dort als Zivilgesellschaft Präsenz zeigen könnt.

Verbot einer Demonstration

Das Verbot einer Demonstration ist kompliziert und nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich, denn das Versammlungsrecht und damit das Demonstrationsrecht ist ein Grundrecht. Es soll allen die Möglichkeit geben, ihrer politischen Meinung Ausdruck und Gehör zu verleihen. Dieser allgemeine Grundsatz gilt auch für Rechtsextreme – und das hat seinen rechtsstaatlichen Sinn. So lange eine Gruppierung oder Partei nicht verboten wurde, hat sie dieselben Rechte wie alle anderen auch. Dies müssen wir in einem Rechtsstaat akzeptieren und respektieren. Es ist immer besser, den öffentlichen Raum zu besetzen, als ihn für andere

zu verbieten. Ein gescheitertes Demonstrationsverbot kann sogar negativere Folgen haben als gar kein Verbot, da die Rechten sehr häufig versuchen, das Gerichtsurteil für sich auszunutzen: "Die selbsternannten Demokraten wollten unsere Demo verbieten, wir haben aber vor dem Gericht Recht bekommen."

Nur örtliche Genehmigungsbehörden können ein Demo-Verbot aussprechen. Wir können euch weder zu einem Verbot raten noch abraten. Prüft die Situation sorgfältig und seht im Zweifelsfall von einem Verbotsantrag ab. Wenn ihr aber einen Antrag einreicht, dann geht bis zur letzten Instanz.

> siehe Fakten zum Verbot einer Demonstration.

3. Gegendemonstration und Blockade

Die bei Weitem meist verbreitete Reaktion auf eine rechte Demonstration oder Kundgebung und ein sehr effektives und medienwirksames Mittel gegen Rechts ist die Organisation einer Gegendemonstration. Auch hierbei solltet ihr einige wichtige Dinge beachten, um eure Aktion zum Erfolg zu führen.

Die Anmeldung einer Gegendemonstration und ihre Unterstützung durch ein möglichst breites Spektrum ist eine sehr gute Möglichkeit, um eine Gegenöffentlichkeit zur angemeldeten Nazi-Demonstrationen zu schaffen. Hier kann mit kreativen Slogans und engagierten Reden die Ablehnung des rechten Aufmarsches zum Ausdruck gebracht werden. Entscheidend für eine Gegendemonstration ist, dass mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammenkommen als auf der rechten Demonstration. Eine zahlenmäßige Übermacht der Demokraten ist ein wirksames und wichtiges politisches Signal.

Wichtig bei einer Gegendemonstration ist auch, sich mit Bündnispartnern zusammenzutun und einen gemeinsamen Demoaufruf zu veröffentlichen. Dies kann viel Zeit kosten und manchmal nervenaufreibend sein, aber es lohnt sich, viele Bündnispartner einzubinden. Gemeinsam kann man sich den Rechten viel wirksamer entgegenstellen (siehe Bündnispartner).

Ein Demoaufruf beinhaltet normalerweise das Motto der Demonstration, die Gründe, warum man demonstriert, die Forderung, die man erhebt, die Daten (Uhrzeit, Treffpunkt, Datum) und eine Erstunterzeichnerliste.

Neben einem gemeinsamen Aufruf solltet ihr mit den Bündnispartnern eine gemeinsame Kundgebung planen. Hier ist es wichtig, sich mit ihnen schon im Vorfeld über den Ablauf und die Rednerinnen und Redner der Kundgebung zu verständigen.

Für die Organisation und den Ablauf der Demonstration ist es wichtig, sich von Beginn an mit den Bündnispartnern auf strikte Gewaltfreiheit zu einigen und eine Vereinbarung zu treffen, dass bei Gewalt aus der Demonstration heraus diese sofort beendet wird. Dies ist z.B. für den Umgang mit dem "Schwarzen Block" wichtig (siehe Rechtliches zur Anmeldung und zum Verhalten auf einer Demonstration).

Blockade

Die Blockade ist das effektivste Mittel gegen rechtsextremistische Demonstrationen, sie ist aber auch heikel. Die Polizei kann den Demonstrationszug der Rechtsextremen stoppen, wenn eine Räumung der Blockade unverhältnismäßig wäre oder die Einsatzmöglichkeiten der Polizei übersteigen würde. Das ist nur der Fall, wenn sehr viele Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Route der Demonstration blockieren und es keine direkte Ausweichroute gibt. Dies hat in den letzten zwei Jahren sehr erfolgreich in Dresden funktioniert. Auch am 1. Mai 2010 in Berlin oder am 18. August 2007 in Gräfenberg waren die Blockaden erfolgreich. Wenn ihr eine solche Aktion plant, dann ist ein Vorgespräch mit der Polizei anzuraten, damit ihr nicht

in die Situation kommt, von Polizisten weggeschleppt oder mit schwerem Gerät wie Wasserwerfern konfrontiert zu sein.

Kritische Begleitung

Formen der kritischen Begleitung sind Aktionen, die es den Rechtsextremen schwer machen, ihre Demonstration in Ruhe durchzuführen. Unter dem Titel "Demokraten geben hier den Takt an" haben in Gräfenberg die Bürgerinnen und Bürger mit Trommeln den Zug der Neonazis begleitet. In Augsburg wurde mit lautem Krach die Kundgebung und die Kommunikation der Rechtsextremen empfindlich gestört. In Weimar wurden die historischen Fassaden am Versammlungsort mit Stoffen verhängt, damit die Rechten die historische Kulisse nicht für sich benutzen können. An vielen Orten lassen Pfarrerinnen und Pfarrer als Mahnung die Kirchenglocken läuten.

Volksfeste gegen Rechts

Um der Demonstration der Rechtsextremen so viele Menschen wie möglich gegenüber zu stellen, wurden in mehreren Städten Volksfeste veranstaltet. Dabei machten die Bürgerinnen und Bürger auf die demokratieverachtende Politik der Rechtsextremen aufmerksam und belegten gleichzeitig große Plätze in der Stadt.

Weitere Möglichkeiten

Karikieren und Ironisieren: Der Versuch, den Rechtsextremen durch witzige und ironische Aktionen den Spiegel vorzuhalten und so auch Aufklärung über sie zu betreiben, war in vielen Orten erfolgreich. In Leipzig wurde beispielsweise unter dem Motto: "Leipzig lacht über den Karneval in Braun" die Demonstration mit vielen Lachsäcken und Konfetti begleitet. Springerstiefel können verboten und den Nazis Pantoffeln auf den Versammlungsplatz gestellt werden, damit sich die "Pantoffel-Helden" diese anziehen können. Wenn die Demonstration der Nazis auf freiem Gelände stattfindet, kann vorher ein Bauer mit Gülle düngen.

Die "Front Deutscher Äpfel" versucht durch das Karikieren der Rechtsextremen Menschen auf deren undemokratische Ziele aufmerksam zu machen. Es kann auch ein paralleles Volksfest veranstaltet werden, auf dem das Motto der rechten Demonstration in einer kritisch gewendeten, karikierenden Weise als Slogan verwendet wird. Außerdem könnt ihr den Nazis auf der gesamten Demonstrationsstrecke den Rücken zuwenden, oder mit Besen hinter dem Demonstrationszug herlaufen, um so "den braunen Müll aus der Stadt zu kehren". Zudem könnt ihr die gesamte Demostrecke mit Anti-Nazi-Plakaten und -s Sprüche "schmücken". All diese Aktionen sind vollkommen legal, so lange sie nicht gezielt provozieren. Ihr könnt eurer Kreativität also freien Lauf lassen.

Ignorieren: In speziellen Fällen ist eine nicht aktive Begleitung die am besten geeignete Aktionsform. Dies ist aber auch eine der politisch riskantesten Formen, da hier den Rechten der öffentliche Raum "kampflos" überlassen wird. Ein Vorwurf, der deshalb immer wieder im Raum steht, ist, dass weggeschaut würde – "so wie damals". Diese Art der "Begleitung" macht deshalb nur Sinn, wenn davon auszugehen ist, dass auch von Seite der Rechten keine Öffentlichkeit erzeugt wird, keine Bilder in der Zeitung und keine Berichte im Radio oder Fernsehen auftauchen. Besonders wichtig sind deshalb auch kritische Medienvertreterinnen und -vertreter, die um ihre Verantwortung wissen.

4. Nicht vergessen bei Aktionen gegen Rechts

Um einen größeren Effekt und auch eine Sichtbarkeit von Grüner Politik vor Ort zu erreichen, solltet ihr einige Dinge nicht vergessen:

Macht auf euch aufmerksam! Eine gute und umfassende Pressearbeit ist das A und O für eine erfolgreiche Aktion. Andere Parteien und viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister scheuen sich teilweise davor, mit dem Thema Rechtsextremismus offensiv umzugehen. Ein Wegducken oder Totschweigen hilft aber nur den Rechtsextremen, sich weiterhin ungestört auszubreiten. Wenn ihr Gegenaktionen plant, ist dies das beste Zeichen für eine aktive, engagierte Zivilgesellschaft, die versucht, die Rechtsextremen zurückzudrängen.

Mobilisiert eure eigenen Mitglieder und Sympathisanten. Je mehr Menschen bei Gegenaktionen dabei sind, umso besser. Die Grüne Jugend ist sehr aktiv im Kampf gegen Rechts. Bei ihnen findet ihr sicher Mitsstreiterinnen und Mitsstreiter und oft gute Ideen.

Verteilt Material und macht damit auf eure Position aufmerksam. Der Grüne Versand hat Aufkleber, Sticker, Flyer und Plakate zum Thema Rechtsextremismus.

Bringt genügend grüne Luftballons oder grüne Fahnen zur Demo mit, um als GRÜNE erkennbar zu sein. Ihr könnt auch versuchen, einen grünen Block in der Demonstration zu bilden.

Ihr braucht Hilfe? Die könnt ihr jederzeit in der Bundesgeschäftsstelle bekommen. Das Büro von Claudia Roth behandelt das Thema federführend im Bundesvorstand. Dort könnt ihr auch ein Großflächentransparent gegen Nazis für eure Geschäftsstelle ausleihen.

Es gibt auch Kreisverbände, Landesverbände oder Kommunen, die schon einige Erfahrungen mit rechten Demonstrationen sammeln konnten. Zum Beispiel: Berlin, Dessau, Dresden, Eisenach, Erfurt, Gräfenberg, Jena, Leipzig, Verden, Weimar, Wernigerode und Wunsiedel.

5. Nazis im Internet

Nicht nur auf der Straße und im öffentlichen Leben ist es wichtig, aktiv gegen rechtsextremistische und menschenfeindliche Ideologien vorzugehen. Auch im Internet dürfen solche Parolen nicht hingenommen werden. Sei es auf Facebook, Youtube, in Foren oder auf eigenen Seiten - gerade im Netz fühlen sich viele Personen ermutigt, ihre Hasstiraden in die Welt zu posaunen. Auch hiergegen könnt ihr etwas unternehmen.

Das Internet ist kein rechtsfreier Raum – daher müsst ihr ihn auch nicht kampflös den Rechtsextremisten überlassen. Ihr habt verschiedene Möglichkeiten:

Zeigt rechtsextreme Seiten bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft vor Ort an. Das geht sehr einfach über www.polizei.de und führt meist zu viel Arbeit bei den Rechten. Es reicht vollkommen, eine Seite einmal anzuzeigen, mehr Anzeigen führen nur zu mehr Aufwand bei der Polizei, nicht bei den Rechtsextremen. Und nicht wundern, wenn ihr nie wieder etwas von der Anzeige hört: Wenn ihr nicht direkt betroffen seid, benachrichtigt die Polizei nicht über Ermittlungserfolge, ermittelt aber trotzdem.

Wenn ihr euch nicht ganz sicher seid, ob Seiten gegen das Gesetz verstoßen, last diese prüfen. Meldet die Seite einfach bei

Fordert die Betreiber von Seiten und Sozialen-Netzwerken auf, rechtsextreme und menschenverachtende Beiträge zu löschen und die User zu blockieren. Auch Anbieter von Servern können in solchen Fällen handeln. Beim Netz gegen Nazis findet ihr einige Kontakt-Adressen für die gängigsten Web 2.0 Angebote. Positioniert euch in Foren, durch Gästebucheinträge und Kommentare deutlich gegen rechte Positionen.

Überlasst das Netz nicht den Nazis. Mit wenig Aufwand könnt ihr viel Ärger und Arbeit bei den Nazis erzeugen. Das ist wichtig, denn gerade das Internet wird immer mehr zur politischen Meinungsbildung genützt.

6. Die Wortergreifungsstrategie der NPD

Die NPD propagiert schon seit längerem die sogenannte "Wortergreifungsstrategie". Damit will sie erreichen, Veranstaltungen des politischen Gegners zu dominieren, die Diskussionsrunde einzuschüchtern oder letztlich sogar ganz zu übernehmen. Hier findest du Tipps, was du bei eigenen Veranstaltungen dagegen unternehmen kannst.

Durch ein anfänglich moderates Auftreten versuchen die Rechtsextremen den Anschein zu erwecken, sich im demokratischen Meinungsspektrum zu bewegen. Dadurch wollen sie erreichen, als gleichberechtigte Diskussionsteilnehmer akzeptiert zu werden. Das Ziel der NPD ist es, die Meinungsführerschaft der Diskussion zu erlangen und so einem interessierten Publikum ihre Parolen und Positionen zu präsentieren. Der Zugang zu solch einem Publikum und einer großen Teilnehmerzahl wäre für sie ansonsten kaum herstellbar. Zusätzlich spart die NPD alle organisatorischen und finanziellen Kosten für Veranstaltungen.

Versammlungen unter freiem Himmel

Eine Demonstration findet unter freiem Himmel statt und somit steht das Ausschlussrecht nur der Polizei zu, nicht dem Veranstaltungsleiter. Zwar kann dieser die Polizei auf Störer aufmerksam machen, letztendlich liegt es aber in der Einschätzung der Polizei, diese zu entfernen. Das Recht der Versammlungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung gilt prinzipiell für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Demonstration.

Die Polizei muss dafür sorgen, dass das Recht auf Versammlungsfreiheit gewährt wird. Die Versammlung muss demnach mit dem ihr gewidmeten Inhalt störungsfrei durchgeführt werden können. Der Zweck der Versammlung wird bei der Anmeldung bestimmt und darf nicht "schwer" gestört werden. Schwer ist eine Störung dann, wenn sie eine Unterbrechung, Behinderung, Auflösung oder Aufhebung der Versammlung hervorrufen kann. Die Störer müssen absichtsvoll und willentlich stören, damit sie ausgeschlossen werden können. Einzelne Zwischenrufe oder Transparente reichen rein rechtlich nicht aus.

Es ist versammlungsrechtlich nicht leicht, einen bestimmten Teilnehmerkreis auszuschließen. Ein guter Grund ist jedoch, als Versammlungsleiterin bzw. Versammlungsleiter der Polizei den begründeten Verdacht einer groben Störung oder einer Eskalation durch Rechtsextreme mitzuteilen. Auch eine Blockbildung der Rechtsextremen als Versammlung in der Versammlung ist ein stichhaltiger Grund zum Ausschluss.

Als Versammlungsleiterin oder -leiter sollte man den Ausschluss von Rechtsextremen ausdrücklich verlangen.

Versammlungen in geschlossenen Räumen

Anders als bei der Demonstration hat man bei Veranstaltungen in geschlossenen Räumen meist das Hausrecht inne und kann selbst bestimmen, wer an der Veranstaltung teilnehmen darf. Dies wird mit der Einladung zum Ausdruck gebracht. Wenn also eine allgemeine Einladung über die Zeitung oder per Plakat ausgesprochen wurde, können alle Personen zu der Veranstaltung kommen – auch die Rechtsextremen. Bei gezielter Einladung oder bei allgemeiner Einladung mit dem Hinweis, dass "Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, der Zutritt zur Veranstaltung verwehrt wird",

können am Eingang diese oder nicht geladene Personen zurückgewiesen werden. Solche Maßnahmen sollten mit Hilfe von szenekundigen Personen durchgeführt und bei Schwierigkeiten sofort die Polizei verständigt werden.

Sitzen erst einmal Rechtsextreme in der Veranstaltung, ist es dennoch legitim, sie rauszuschmeißen, wenn sie versuchen, die Veranstaltung durch lange Monologe oder rechtsextreme Parolen zu stören. Dies ist nicht undemokratisch! Denn Ächtung und Ausschluss erfolgen auf der Basis eines demokratischen und menschenrechtsorientierten Standpunktes und mit dem Ziel, rechtsextremen Protagonisten keinen Raum zu bieten, ihre Ideologie zu propagieren und sich als Teil des demokratischen Spektrums darzustellen. Rechtsextreme sind Protagonisten einer menschenverachtenden Ideologie, die nicht vor rassistischer Gewalt – bis hin zu Mord – zurückschrecken. Seit der Wiedervereinigung bis 2009 wurden laut der Amadeo Antonio Stiftung in Deutschland 149 Menschen von Tätern mit rechtsextremem Hintergrund umgebracht. Menschen, die bereits Opfer rechter Gewalt wurden und Gäste einer Veranstaltung sind, sollte eine hautnahe Begegnung mit geistigen Brandstiftern nicht zugemutet werden.

Ein Ignorieren dieser Störer ist absolut nicht förderlich und schlägt oft fehl. Wenn man eine Auseinandersetzung sucht, sollte man diese nur bewusst, sehr gut vorbereitet und in Kenntnis der Programmatik der Organisation tun. Abzuraten ist von einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten auf Veranstaltungen, die thematisch über die Parteien wie die NPD oder den Rechtsextremismus aufklären sollen.

Bedenken sollte man auch, dass die Parolen rechtsextremer Parteien strukturell anders angelegt sind als ein sachlich interessierter Dialog. Sie sind emotional, verkürzen die Inhalte und stellen sie eindimensional dar. Sie sind keiner Antwort, die die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge einbezieht, zugänglich. Meist kommt man damit als Demokrat in die Defensive.

Tipps für Veranstaltungen in geschlossenen Räumen

- Keine gemeinsamen Podien und Diskussionsveranstaltungen mit Vertreterinnen und Vertretern rechtsextremer oder menschenverachtender Gruppen.
- Bereits im Vorfeld mit den weiteren Organisatorinnen bzw. Organisatoren und Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmern eine gemeinsame inhaltliche Begründung für die Ablehnung von Rechtsextremen und ein gemeinsames Vorgehen bei einer Störung während der Veranstaltung erarbeiten.
- Eine inhaltliche Vorbereitung auf die zentralen rechtsextremen Argumentationsmuster und politischen Themenfelder ist sehr wichtig.
- Im Vorfeld von öffentlichen politischen Veranstaltungen den Kontakt zur Polizei suchen und die verschiedenen Szenarien/Strategien (Sicherheitspartnerschaft) besprechen. Für den Zeitraum der Veranstaltung sind zuständige Ansprechpartnerinnen oder -partner der Polizei mit eigener Telefonnummer (nicht 110) wichtig.
- Aufstellen von klaren und transparenten Diskussionsregeln (darin sollten unbedingt Antidiskriminierungsregeln inbegriffen sein).
- Festlegung zu Beginn der Veranstaltung, ob fotografiert oder gefilmt werden darf – und wenn ja, wer.
- Rassistische, antisemitische, sexistische, menschenverachtende und den Nationalsozialismus leugnende oder verharmlosende Äußerungen dürfen nicht unkommentiert stehen bleiben: widerspricht aktiv.

- Um Rechtsextreme auszuschließen, muss man sie in jedem Fall als solche erkennen. Hierfür sollte die Hilfe von Szenekundigen eingeholt werden.
- Nicht auf die rechten Parolen einlassen. In der Regel ist die Person in der Defensive, die sich von Parolen abgrenzen will.
- Das Saalmikrofon von Helferinnen und Helfern bzw. Ordnerinnen und Ordner halten (ggf. an einer Verlängerungsstange) und nicht aus der Hand geben oder nehmen lassen.

7. Der Extremismusbegriff

Beim Kampf gegen Rechts kann es vorkommen, dass Kritiker eures Engagements Rechtsextremismus mit linker Gewalt und Islamismus in einen Topf werfen. Im folgenden findet ihr eine Erklärung, warum diese Gleichsetzung problematisch ist.

Seit 2010 ist der Streit um den Extremismusbegriff in Deutschland wieder aufgeflammt. Rechtsextremismus und "Linksextremismus" werden gerade von konservativen Akteurinnen und Akteuren gerne in einem Atemzug genannt.

Auslöser der aktuellen Debatte war die erstmalige Förderung von Programmen gegen "Linksextremismus und Islamismus" und die Zusammenlegung der Fördertöpfe mit den Programmen gegen Rechtsextremismus durch die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder. Dieser Zusammenlegung liegt indirekt die Annahme zugrunde, dass es extreme Ränder innerhalb der Gesellschaft gibt, die versuchen, demokratische Strukturen abzuschaffen und die sich gegen Menschenrechte richten. Dieses Verständnis von Extremismus ist aus mehreren Gründen schwierig. Zum einen gibt es bisher keine wissenschaftlich fundierte Definition, was genau "extremistisch" bedeutet. Zum anderen ist die Gleichsetzungslogik von Rechts- und Linksextremismus inhaltlich nicht haltbar. Dass die Ablehnung von Menschenrechten und demokratischen Überzeugungen keine linken Grundideen sind, jedoch zum Standardprogramm aller nationalistischen und rassistischen Gruppen gehören, wird dabei genauso übersehen, wie die Tatsache, dass es seit der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR 1989 zwar fast 150 Todesopfer durch Neonazis gab, jedoch kein einziges durch "linke" Gewalt registriert worden ist.

Außerdem übersieht diese Logik, dass Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus nicht nur Randphänomene der Gesellschaft sind, sondern auch in der so genannten bürgerlichen Mitte auftreten. Die alltägliche Diskriminierung von Menschen, die nicht einer vermeintlichen Norm entsprechen, ist nach wie vor fest in unserer Gesellschaft verankert, wie wissenschaftliche Studien immer wieder bestätigen¹. Die Verwendung eines unklaren und schwammigen Extremismusbegriffs verharmlost daher rassistische Gewalt, führt zu einer Kriminalisierung von Anti-Nazi-Initiativen und vertuscht rassistische und antisemitische Einstellungen in der sogenannten "Mitte der Gesellschaft".

¹ Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar 2012: , in: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf>

8. Fakten zum Verbot einer Demonstration

Das Verbot einer Demonstration zu erwirken ist in Deutschland nicht leicht. Denn Meinungs- und Demonstrationsfreiheit besitzen in der Demokratie einen sehr hohen Stellenwert. Im Zweifel solltet ihr euch deshalb lieber auf die Organisation einer Gegenveranstaltung konzentrieren, als ein Demonstrationsverbot anzustreben. Für beide Fälle findet ihr im Folgenden einige rechtliche Hinweise.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf ein Verbot von Aufzügen oder Versammlungen nur zum Schutz von Rechtsgütern, die der Bedeutung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit zumindest gleichwertig sind, unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und nur bei einer unmittelbaren, aus erkennbaren Umständen herleitbaren Gefährdung dieser Rechtsgüter erfolgen (BVerfGE 69, 315, 352ff – Brokdorf; BVerfG NJW 2001, 1409, 1410).

Ein Verbot kann erfolgen,

- weil ein Verstoß gegen den §130 des StGB befürchtet wird. Demnach wird bestraft, wer in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt oder verherrlicht.
- weil die Gefahrenanalyse der Polizei eine so massive Gefährdung ausmacht, dass sie die Sicherheit der Demonstration mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften nicht garantieren kann.
- weil die öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gewährleistet werden kann.
- weil die Demonstration an einem Ort stattfindet, der als Gedenkstätte von historisch herausragender, überregionaler Bedeutung an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter den Nazis erinnert, und Tatsachen vorliegen, die eine Beeinträchtigung der Würde der Opfer befürchten lässt. Dieses Gesetz stellt klar, dass das Holocaust-Mahnmal am Brandenburger Tor ein solcher Ort ist. Die Länder können durch Gesetz weitere Orte von bundesweiter Bedeutung bestimmen.
- weil zu erwarten ist, dass gegen folgende Paragraphen verstoßen wird: § 86 StGB Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, § 86a StGB Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, § 84 StGB Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei, § 85 StGB Verstoß gegen ein Vereinsverbot, § 125 StGB Landfriedensbruch, § 127 StGB Bildung bewaffneter Gruppen, § 130 StGB Volksverhetzung, § 185 StGB Beleidigung, § 189 StGB Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener.

Rechtliches zur Anmeldung einer Gegendemonstration

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes

beschränkt werden. (Art. 8 GG)

Erst einmal vorweg: eine Gegendemonstration ist nichts anderes als eine normale Demonstration. Die Anmeldung unterscheidet sich demnach nicht. Es kann nur zu Auflagen kommen, die ein Zusammentreffen mit der anderen Demonstration verhindern sollen. Prinzipiell gilt, dass man seine Meinung an einem selbstgewählten Ort, zu einer selbstgewählten Zeit und in einer selbstgewählten Form mit anderen Personen zusammen kundtun darf.

Demonstrationen unterliegen keiner Genehmigungspflicht. Sie werden nur angemeldet. Dies müsst ihr spätestens 48 Stunden vorher bei der Versammlungsbehörde (dies ist meist das Ordnungsamt) per Fax, Telefon oder schriftlich tun.

Hier eine kleine Formulierungshilfe:

"Hiermit melde ich (NAME) eine Versammlung (Demonstration und/oder Kundgebung) am (TAG) von (UHR) bis (UHR) an. Es werden (ZAHL) TeilnehmerInnen erwartet. Als Kundgebungsmittel werden wir mitführen (z.B. 2 Lautsprecherwagen, Megaphone, Flugblätter, Trommeln, Transparente, Fahnen,...). Die Demonstration beginnt (Ort) und führt über (ORT). Eine Zwischenkundgebung wird am (Ort) (evt. um ZEIT) durchgeführt. Die Demonstration endet um (UHR) am (ORT). Wir möchten (ZAHL) Ordner mitführen."

Von einer normalen Demonstration werden noch Eilveranstaltungen und Spontanversammlungen unterschieden. Eilveranstaltungen, die einen aktuellen Grund haben, können auch kürzer als 48 Stunden vorher angemeldet werden. Ihr dürft dafür aber erst ab der Anmeldung werben. Spontanversammlungen entstehen, aus dem Augenblick heraus, haben keinen Leiter und können folglich auch nicht angemeldet werden. Sie sind aber trotzdem durch das Grundrecht geschützt. Eine Spontanversammlung sollte auch spontan sein, ansonsten kann sie aufgelöst werden.

Auf eure Anmeldung reagiert die Versammlungsbehörde meist mit einer Bestätigung und/oder Auflagen für die Demonstration. Jede Auflage muss verhältnismäßig und stichhaltig begründet sein, euch die Durchführung weiter ermöglichen und Lösungen zur Umsetzung der Auflagen aufzeigen. Meist werden solche Auflagen erst kurz vor der Demonstration gestellt. Ihr könnt gegen die Auflagen Widerspruch beim zuständigen Verwaltungsgericht einlegen, da Auflagenbescheide eigenständige Verwaltungsakte sind, gegen die Widerspruch eingelegt werden kann (ein "Gegen den Bescheid vom XXX lege ich Widerspruch ein." genügt).

Vor der Demonstration kommt es meist zu einem Kooperationsgespräch mit der Polizei. Hier könnt ihr die möglichen Gefahren, die Demoroute und eventuelle Auflagen besprechen sowie eine Zusammenarbeit verabreden.

Bei der Anmeldung der Gegendemonstration müsst ihr darauf achten, dass der Grundsatz gilt "Wer zuerst kommt, mahlt zuerst". Eure Gegendemonstration kann nie die angemeldete Nazi-Demo verdrängen. Deshalb solltet ihr andere Orte oder Zeiten auswählen, um harten Auflagen zu entgehen.

Als Anmelder der Demonstration seid ihr Ansprechpartnerin bzw. Ansprechpartner für die Polizei und müsst Ordnerinnen und Ordner bestimmen. Für diese gibt es im Gesetz keine weitere gesetzliche Beschränkung, als dass sie über 18 Jahre alt sein müssen. Ordnerinnen und Ordner unterstützen die Anmelderin oder den Anmelder in ihren Veranstalterpflichten.

Für Straftäterinnen und Straftäter ist die Polizei und nicht die Anmelderin oder der Anmelder zuständig. Die Leiterin oder der Leiter ist nicht verantwortlich für Aufrufe von anderen, die zur selben Veranstaltung einladen.

Im Normalfall wird die Demonstration durch euch, die Anmelderin bzw. den Anmelder, mit der Aussage "Die Versammlung ist beendet" beendet.

Häufige Auflagen für eine rechte Demonstration

Mit Auflagen kann die Ordnungsbehörde dazu beitragen, den Rechtsextremen das Erlebnis und den Spaß an einer Demonstration zu nehmen.

Verboten werden häufig:

- Das Tragen von Uniformen, Uniformteilen oder gleichartigen Kleidungsstücken als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung
- Das zu einem gemeinsamen Erscheinungsbild führende Tragen von Bomberjacken (schwarz, blau, militärgrün) in Verbindung mit dunklen Springerstiefeln ggf. neben einer militärischen Kopfbedeckung wird als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung angesehen und ist untersagt.
- Trommeln oder Fanfaren
- Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen
- Sprechchöre
- Hunde
- Neonazi- oder Skinheadmusik
- Die Fortbewegung in marschartigen Formationen
- Zeichen, die das Nazi-Regime glorifizieren oder verharmlosen
- Eine zu große Anzahl von Fahnen
- Fackeln
- Die Maße von Fahnen, Transparenten, Trageschildern und Tragestangen
- Embleme oder Tätowierungen, die in Verbindung mit dem Nationalsozialismus stehen, "Hass" bedeuten (wie z.B. Bilder von Totenköpfen) oder in den Augen der breiten Öffentlichkeit einen solchen Eindruck hervorrufen können
- Das Tragen von Bekleidungsstücken mit Aufschriften, aus denen sich ggf. durch teilweises Überdecken die Buchstaben- bzw. Zahlenfolge "FG", "JdF", "ZOG", "NS", "NSD", "NSDA", "NSDAP", "SS", "SP", "HH", "14", "28", "192", "18", "Combat 18", "88" oder die Abkürzungen bzw. erkennbare Abkürzungsteile weiterer verbotener Parteien oder Gruppierungen ergibt, ist verboten
- Verbotene Parteien oder Vereinigungen – sei es durch Redebeiträge, durch Skandieren von Parolen oder auf Transparenten zu unterstützen
- Das Rufen von Parolen und das Zeigen von Transparenten mit dem Inhalt "Ruhm und Ehre der Waffen-SS" oder mit der Wortfolge "Nationaler Widerstand" wie z.B. "Hier marschiert der Nationale Widerstand" oder "Hier spaziert der Nationale Widerstand"
- Es dürfen weder alkoholisierte Personen teilnehmen, noch darf auf der Versammlung Alkohol konsumiert werden

Weitere Auflagen

- Demonstrationsroutenveränderungen
- Zeitbeschränkungen
- Verbot bestimmter Rednerinnen und Redner

9. Häufige Demo-Termine der rechten Szene

Rechtsextreme missbrauchen häufig die Jahrestage bestimmter historischer Ereignisse für ihre Veranstaltungen und Demonstrationen. Rund um diese Termine solltet ihr also besonders wachsam sein und gegebenenfalls Gegenveranstaltungen organisieren.

Januar

- 18. Januar (1871): Reichsgründung
- 27. Januar (1945): Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee
- 30. Januar (1933): Machtübertragung an die Nationalsozialisten

Februar

- 13. Februar (1945): Bombardierung Dresdens
- 23. Februar (1930): Todestag Horst Wessel
- 24. Februar (1920): Verkündung des NSDAP-Parteiprogramms

März

- Letzter Sonntag im März "Die Verpflichtung der Jugend"

April

- 20. April (1889): Geburtstag Adolf Hitlers

Mai

- 1. Mai "Nationaler Feiertag des deutschen Volkes"
- 8. Mai (1945): Kapitulation des Deutschen Reiches
- 14. Mai (1948): Gründung des Staates Israel

Juni

- i.d.R. Mitte Juni "Fest der Völker" (NPD) in Jena
- 20. Juni bis 23. Juni – je nach Quelle: Sommersonnenwende
- 22. Juni (1941): Deutscher Überfall auf die Sowjetunion

Juli

- Mitte Juli (seit 2003): NPD Open Air Konzert in Gera
- 20. Juli (1944): Attentat auf Hitler durch Wehrmachtsoffiziere
- 24. Juli (1943): Beginn der Bombardierung Hamburgs

August

- i.d.R. Anfang August (seit 2001): Deutsche Stimme Pressefest
- 17. August (1987): Todestag Rudolf Heß

September

- 1. September (1939): Deutscher Überfall auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkrieges

- 15. September (1935): Verkündung der "Nürnberger Rassengesetze" auf dem Reichsparteitag in Nürnberg
- 24. September (1993): Todestag des rechtsextremen Rockidols Ian Stuart, Begründer der Gruppe Screwdriver

Oktober

- 3. Oktober: Tag der Deutschen Einheit/Tag der Germanen Anfang Oktober Erntedankfest; "Ehrentag des deutschen Bauerntums"

November

- 9. November (1923): "Gedenktage für die Gefallenen der Bewegung" in Erinnerung an den gescheiterten Putschversuch der NSDAP; Reichspogromnacht
- 16. November (2 Sonntage vor dem 1. Advent): Volkstrauertag; von NSDAP zum "Heldengedenktage" umbenannte Demonstration in Halbe zur Erinnerung an die Kesselschlacht (2007 ersatzweise am 3. März)

Dezember

- **21./22. Dezember: Wintersonnenwende**

10. Bündnispartner gegen Rechts

Entscheidend für eine gelungene Aktion gegen Rechts ist, dass nicht nur wir als GRÜNE ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit setzen, sondern die gesamte Zivilgesellschaft. Gegenaktionen zu rechtsextremen Demonstrationen, Ständen oder Mahnwachen sind deutlich wirksamer, wenn nicht nur eine einzelne Partei in Erscheinung tritt. Versucht deshalb, ein möglichst breites Bündnis auf die Beine zu stellen. Vergesst dabei unsere Grüne Jugend nicht. Solche Netzwerke sollten auf Dauer angelegt sein, denn dann stärken sie auch die Zivilgesellschaft vor Ort. Hier findet ihr eine Liste potentieller Bündnispartner.

Stiftungen, Verbände und Vereine

Mobile Beratungsteams

Migrantenverbände, Ausländerbeirat

Amadeu Antonio Stiftung

Bündnis für Demokratie und Toleranz

American Jewish Committee

Heinrich-Böll-Stiftung und andere Stiftungen

Menschenrechtsgruppen (AI, terre des femmes)

attac

Umweltverbände (BUND, NABU)

Regionale Initiativen

Die regionalen Karnevals- und Sportvereine

Die örtliche Freiwillige Feuerwehr

Gewerkschaften

DGB

ver.di

IG Metall

GEW

Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Und alle Jugendverbände der oben genannten Gewerkschaften

Parteien

SPD

FDP

CDU/CSU

Linkspartei

Freie Wähler

Und alle Jugendorganisationen der demokratischen Parteien

Andere

Öffentliche Verwaltung, Bürgermeister oder Bürgermeisterin in eurem Ort

Polizei

Kirchen

Örtliche Theater und Kultureinrichtungen

Schulen, Hochschulen

11. Weitere nützliche Anlaufstellen

Hier findet ihr eine Sammlung weiterer Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern und Informationsstellen rund um das Thema Rechtsextremismus.

GRÜNE

- Leitfaden der grünen Bundestagsfraktion
- Tipp: Auf den Seiten der Landes-Böll-Stiftungen findet ihr viel Material.

Initiativen gegen Rechts

- Amadeu Antonio Stiftung
- Netz gegen Nazis
- Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus
- Berliner Förderprogramm für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt und Rechtsextremismus
- Bündnis für Demokratie und Toleranz
- Basta: Mach mit – Nein zur Gewalt
- Aktion weltoffenens Deutschland e.V.

- Aktion Courage e.V.
- Regionale Initiativen
- Regionale Projekte

Ratgeber gegen Rechts

- www.miteinander-ev.de
- www.recht-gegen-rechts.de
- www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/Wir_haben_die_Wahl.pdf

Mobile Beratungsteams

- www.mbr-berlin.de
- <http://www.demokratie-mv.de/aktuelles/index.html>
- www.mobiles-beratungsteam.de
- www.mobile-opferberatung.de
- www.mobit.org

Bundeszentrale für politische Bildung

- Thema Rechtsextremismus: www.bpb.de/themen/R2IRZM
- Thema Antisemitismus: www.bpb.de (über die Suchfunktion)

Infos zum Bundesprogramm "Vielfalt tut gut"

Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:

- www.entimon.de
- www.vielfalt-tut-gut.de

Informationsdienste und -plattformen

- Blick nach Rechts
- Mut gegen rechte Gewalt
- Informationsdienst gegen Rechtsextremismus
- Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung e.V.
- Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e.V
- NPD-blog-Info
- Erkennen rechter Symbole